

BLITZINFO

Februar 2016

JETZT IST ES SOWEIT: GRENZBALKEN RUNTER!

Die Politik hat sich entschlossen, die Südgrenzen dicht zu machen - der politische Druck wurde anscheinend zu groß.

Grundsätzlich werden die restriktiven Grenzkontrollen von uns PolizistInnen ja Großteils begrüßt. Es bedeutet aber auch (Zwangs-)zuteilungen in die Bundesländer Steiermark und Kärnten, wodurch die „Regeldienststellen“ noch mehr ausgehungert werden.

Allein im Großraum SPIELFELD werden voraussichtlich mehr als 400 KollegInnen Dienst versehen (müssen).

Das BMI hat folgende Zuteilungen *bis auf Widerruf* verfügt:

StmK (mit Wirksamkeit vom 18.02.16)

50 EB der LPD Bgld
21 EB der LPD Wien
25 EB der LPD OÖ
45 EB der LPD NÖ, sowie
2 EE-Züge der LPD Wien
20 PDHF (6 LPD NÖ, 4 LPD OÖ, 6 LPD W, 2 LPD T, 2 LPD V)
4 E1-Beamte (3 LPD Bgld u. 1 LPD NÖ)

Ktn (mit Wirksamkeit vom 19.02.16)

10 EB der LPD VlbG
34 EB der LPD Wien
10 EB der LPD NÖ

IHR SEID NICHT ALLEIN!

Die Personalvertreter der AUF/FEG werden bei Bedarf vor Ort sein, um euch in allen Belangen zu unterstützen. Eure Ansprechpartner der AUF/FEG sind für die StmK **Reinhold MAIER**, für Kärnten **Franz HARTLIEB** und für länderübergreifende Angelegenheiten **Dietmar HEBENSTREIT**.



Teilerfolge für die AUF/FEG

Wir haben immer wieder vehement vom Dienstgeber gefordert, **zuletzt in einem offenen Brief der FEG an die Bundesregierung**, dass kurzfristige Zuteilungsverfügungen zu unterlassen seien und die KollegInnen rechtzeitig, ausreichend, glaubwürdig und nachvollziehbar durch die Vorgesetzten mit Informationen versorgt werden.

Das BMI ist dieser Forderung erstmalig nachgekommen und hat die LPD's Steiermark und Kärnten schriftlich angewiesen, die zugeteilten Kräfte über die angeordneten Maßnahmen **zeitnah** und **umfassend** zu informieren. Wir befürchten trotzdem, dass manche Zwischenvorgesetzte, aus welchem Grund auch immer, diese Anweisungen wieder ignorieren werden. Aber es ist

ein Entgegenkommen des BMI in die richtige Richtung.

Weitere Forderungen der FEG aus dem offenen Brief an die Bundesregierung sind ebenfalls in der Umsetzungsphase, wie ein **verstärkter Einsatz des Bundesheeres**, die **Errichtung von technischen Sperren oder Personalaufnahmen**.

Bei allem Verständnis für die Sonderlage muss trotzdem immer wieder darauf hingewiesen werden, dass ressortinterne Forderungen im Sande verlaufen.

Für alles Andere ist Zeit und für alle Anderen sind offensichtlich finanzielle Mittel in ausreichendem Maße vorhanden, nur nicht für die im Einsatz befindlichen PolizistInnen.

weiter auf Seite 2

Eigentlich reicht's!

Jahrelang fordern Personalvertreter aller Fraktionen immer wieder das Gleiche mit dem gleichen Ergebnis: **Nichts geht weiter und wenn doch, dann im Schneckentempo.**

Nach unserer Ansicht ist jetzt **SCHLUSS MIT LUSTIG.** Die **AUF/FEG** wird in der kommenden Sitzung des Zentralaussschusses jahrelang ausstehende Forderungen zum X-ten Male sowie neue Ideen einbringen.

Unser Ziel ist aber nicht bloß ein schriftlicher Antrag, der lapidar an die zuständige Abteilung weitergereicht wird, sondern ein Auftrag an den ZA, **umgehend Verhandlungen aufzunehmen.**

Unsere Forderungen im Einzelnen:

Artfremde Tätigkeiten

Bewaffnete Vollzugsorgane dürfen nicht länger als Escort-Service für Durchreisende missbraucht werden.

Mehrdienstleistungen

Reduzierung der Überstunden ist bundesweit auf „Eis zu legen“.

Entscheidungsfreiheit des Einzelnen, ob Überstunden finanziell oder durch Freizeit ausgeglichen werden sollen

Steuerfreiheit von **angeordneten** Überstunden (Anm.: Gesetzesänderung erforderlich)

Kein willkürlicher Wechsel von **Dienstsystemen**, die nur der Vermeidung von Mehrdienstleistungen dienen

Schutzausrüstung

Sofortiger Ankauf der fehlenden **Schutzausrüstung** und **technischer Einsatzmittel** wie z.B. Stichschutzwesten, Unterziehwesten, Sicherheitsholster mit verstärkter Trageplatte und Taschenlampen.

Die **Gleichgültigkeit des Dienstgebers** an der Situation der technischen Ausrüstung ist nicht mehr auszuhalten.

Die Forderung eines Kollegen im heurigen Jänner nach einer neuer Taschenlampe wurde vom zuständigen SB mit der Bemerkung abgelehnt, dass die **nächste Auslieferung erst wieder im Dezember?! stattfindet.**

Hier sei uns ein kleiner finanzieller Vergleich gestattet: Die Reinigung eines einzigen Transitquartieres, z.B. der „Dullnig-Halle“ in Klagenfurt, kostet € 4.000,-- , **aber pro TAG!!!!** Die Rechnung im November 2015 betrug mehr als € 120.000,--.

Wenn die Asylsuchenden ihre Transitunterkünfte nur ein paar Tage im Monat selber reinigen würden, dann könnte man mit dem ersparten Geld Taschenlampen für ein ganzes Bundesland ankaufen.

Geht's den Polizisten gut, geht's dem System gut !!!

Einsatzversorgung

Eine geeignete Versorgung der Einsatzkräfte muss gewährleistet sein.

Zuteilungen

Zwangskommandierungen- und zuteilungen sind auf ein Monat zu reduzieren, auch Polizisten sind Menschen und haben Familien, die durch sofortige und langfristige Abwesenheiten belastet werden. Freiwillige Zuteilungen bleiben davon ohnehin unberührt.

Zuteilungsgebühren

Aufhebung der unsinnigen Reduzierung der Zuteilungsgebühr ab dem 2. Monat auf 50 % (Anm.: Gesetzesänderung erforderlich). Das Schnitzel kostet auch im zweiten Monat der Zuteilung gleich viel wie im ersten.

Psychologische Betreuung

Professionelle psychologische Betreuung der Einsatzkräfte **vor Ort**, aber nur auf Basis der **Freiwilligkeit** und durch **externes Personal**

**WIR
KÄMPFEN
FÜR
EUCH!**



Für den Inhalt verantwortlich:

Franz Hartlieb, Bundesvorsitzender der Freien Exekutiv Gewerkschaft (FEG)

Deine Ansprechpartner in den Bundesländern:

